

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Aus dem Inhalt

- Die neue Genfer Vertagung Seite 2
- Neue Vertrauensratswahl Seite 7
- Göing an seine Beelinee Seite 3
- Deutsche an der Riviera Seite 5

Nr. 125 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Sonntag Montag, 3./4. Juni 1934

Chefredakteur: M. Braun

Sturmtag: 13. Januar 1935

Kampf für Deutschlands Freiheit an der Saar

Die Verhandlungen zwischen Italien, Deutschland und Frankreich haben zu einer Einigung über die Saarabstimmung geführt. Als Abstimmungstermin ist der 13. Januar 1935 vorgesehen. Am Montag wird der Völkerbundsrat in öffentlicher Sitzung zu der Einigung Stellung nehmen und gleichzeitig die Mitglieder der Abstimmungskommission ernennen.

Saarbrücken, 2. Juni.

In Saarbrücken bedecken sich an diesem Samstag die Häuser mit Fahnen. Um die Mittagsstunde haben die Kirchen feierliches Geläute. Für 6 Uhr abends sind Dankgottesdienste angelegt. Ob nur für eine Konfession oder für alle konnten wir räumigen Schäflein noch nicht erfahren. Jedenfalls ergeht das Kommando der „deutschen Front“ an alle, die Entscheidung von Genf als einen Sieg des deutschen Nationalismus zu feiern. Der Völkerbund, gestern noch ein niederträchtiger Verschwörerklub zur Entrechtung Deutschlands im allgemeinen und zur Herabwürdigung des Saargebietes zu einem Regierstaat im besonderen, wird heute als Hort freiheitlicher Entscheidungen zu loben begonnen. Ganz von ferne taucht sogar die Möglichkeit eines Verständens mit den Franzosen auf, die eben noch wieder einmal das vernichtete Volk Westeuropas waren.

Der befohlene Freudenausbruch aller Hitlerkollaboranten der Saar zeigt, wie besorgt die so siegesgewiß tuenden Herrschaften waren. Sie fürchteten jeden Monat, um den die Volksabstimmung an der Saar hinausgeschoben worden wäre. So wenig sicher sind sie der Festigkeit des Regimes in Deutschland. So unbehaglich ist ihnen der Gedanke, die rapid wachsende Ermüchterung im Reich könne noch vor der Abstimmung entscheidend in das Saargebiet vordringen. So sorgenvoll blicken sie auf die Devisenlage, auf die Handelsbilanz, auf die Teuerung, auf die Währung, auf die Klassenhege, auf die Katholikenverfolgung, auf die Rüstungspolitik, auf die außenpolitischen Karrensprünge, auf die innere Zerfetzung des „dritten Reiches“. — „Nur noch 225 Tage!“ rufen die Zeitungen der „deutschen Front“ ins Land. Immer noch 225 Tage! So meinen sie es in Wirklichkeit.

Die deutsche Freiheitsfront an der Saar weiß, daß ihr ein Kampf bevorsteht, der die Anspannung aller Kräfte erfordert. Auch die Einigung aller, die aus politischen Anschauungen und aus deutschen Sorgen, wie immer sie begründet sein mögen, heißen Herzens und kühlen Kopfes eine Niederlage der Diktatur wollen. Aus Haß und Leidenschaft gegen deren Barbarei, aus tiefster Liebe zu Deutschland und zur Größe seiner Nation. Weil die Quellen unseres Widerstandes so rein, weil der Wille unseres Angriffs gegen die Hitlerfäule so deutsch ist wie unsere Junge, berührt uns keine Nechtung und keine Drohung. Das sozialistische Arbeitsvolk an der Saar beugt sich dem Terror der „deutschen Front“ nicht, läßt sich durch die gewaltige Machtentfaltung des „dritten Reiches“ nicht die Sicherheit in sich fühlend, daß in ihm die besten Traditionen deutscher Kultur mit dem Glauben an eine freie Zukunft seiner Klasse und seines Volkes sich vereinen und jeder Uebermacht und ihrem Terror tragen.

Daß die „deutsche Front“ nicht mit geistigen, sondern mit terroristischen Mitteln, ohne die kein Faschismus denkbar ist, um die Entscheidung ringt, ist auch in Genf anerkannt worden. Die französische Regierung hat der Festsetzung eines Abstimmungstermins nur unter der Bedingung politischer Garantien zugestimmt. Unzweifelhaft muß die Reichsregierung sehr weitgehende Zusicherungen und ungenommene haben, die sie aus nationalem Prestige und aus der Würde nationaler Souveränität weit von sich gewiesen hätte, wenn ihr nicht schwerste inner- und außenpolitische Sorgen Vorsicht auferlegten. Womit noch nicht gesagt ist, daß irgendwer in der Reichsregierung auch nur entfernt daran dachte, irgend eine der übernommenen anderen Kontrahenten klar sein. Wir sind gespannt zu erfahren, welche Garantien sie ihrerseits gegen einen notorisch betrügerischen und vertragsbrüchigen Partner aufgebracht haben.

Den Zeitungen der „deutschen Front“ ist bei dem Gedanken an Garantien nicht ganz wohl zumute. Das Abstimmungsobergericht über den Abstimmungstag hinaus keine spezielle Aufgabe, „Diskriminierungen“ zu bestrafen, macht den Terroristen einige Paras. Sie wissen nicht genau, welche Möglichkeit diese Garantie und ähn-

liche Sicherungen für die Gegner der „deutschen Front“ eröffnen.

Dennoch wird die Festsetzung des Abstimmungstermins sofort mit neuen terroristischen Drohungen begrüßt. So schreibt die „Saarbrücker Zeitung“, die sich ihre Subventionen aus den Blutsummen des „dritten Reiches“ besonders eifrig zu verdienen bestrebt ist:

Keinesfalls aber dürfen die noch nicht näher bekannten „Garantien“ für die deutschfeindlichen Elemente ein Freibrief sein, der ihnen die Fortsetzung ihres verantwortungslosen Treibens ermöglicht. Und weil wir diesem Treiben nicht länger ausgelegt sein wollen, deshalb erwarten wir, daß der Völkerbundsrat möglichst bald die Abstimmungsmission ernannt und sie umgehend ins Saargebiet entsendet.

Das klingt wie die lächerliche Forderung, als solle die Abstimmungskommission alle die Saarländer in ihrer politischen Betätigung hindern, die sich als Gegner der „deutschen Front“ bekennen. Natürlich ist daran nicht zu denken, aber ohne terroristische Wunschkinder geht es nun einmal bei den Knechten der deutschen Diktatur nicht ab. „Deutschfeindliche Elemente!“ Das ist die Sprache wilhelminischer Borniertheit von den vaterlandslosen Gesellen, von der Rote von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen. Das ist die Verblödung bürgerlicher Hurrahanaille, die jahrzehntlang lügnerrisch Deutschland in nationale und angeblich Antinationale zerrissen hat. Das ist die Vergiftung jedes politischen und moralischen Kampfes um Verfassung und Kultur der Nation.

Wir pfeifen auf diese Diffamierung. Wir verachten die Geschäftspatrioten, von denen sie ausgeht. Ihre breitesten schwarz-weiß-roten und ihre längsten Hakenkreuzfahnen können die Schande nicht verbergen, daß gerade deutsche Realpatrioten in der Stunde der Gefahr Deutschland immer wieder verraten haben. Nicht umsonst müssen ihre gekauften Federn immer wieder gerade einen sozialdemokratischen Dichter zitieren und sein Wort von dem ärmsten Sohn, der in Deutschlands höchster Gefahr sein treuester war.

„Deutschfeindliche Elemente“. Wie schlimm wäre es mit dem Deutschtum an der Saar bestellt, wenn die breiten Kolonnen der Gegner dieser sogenannten „deutschen Front“ deutschfeindliche Kräfte wären: Sozialdemokraten, freie Gewerkschafter, Arbeiterpartei und Arbeiterjugend, Kommunisten, Pazifisten, katholische Priester und katholische Laien in großer Zahl, die bedrohten jüdischen Volksgenossen und alle, denen die Freiheit deutschen Geistes nicht feil ist um Uniformen und Kommistiefel. Diese „Elemente“ werden in den 225 Kampftagen, die vor uns liegen, noch zeigen, was sie unter Deutschtum verstehen und niemand wird uns auf deutschem Boden und inmitten einer deutschen Bevölkerung daran hindern.

Neben der Sozialdemokratie und den sonstigen Organisationen der Freiheit sind es die Kommunisten, die heute als erste auf den Plan treten. Eine Proklamation der kommunistischen Partei schafft Klarheit über ihr saarpolitisches Ziel. Die kommunistische Partei Deutschlands ist mit uns entschlossen, das Arbeitsvolk an der Saar dem deutschen Sklavenregime nicht preiszugeben. Die Kommunisten begründen ihren Entschluß mit anderen Worten als wir, und ihre Agitation wird sich in anderen Bahnen bewegen. Das ist selbstverständlich und ist leicht zu ertragen.

Eins aber tut not: Zusammenrufen aller sozialistischen und kommunistischen Kräfte auf das nächste gemeinsame Ziel: die Niederlage des gemeinsamen Feindes an der Saar. Der Schlag gegen den Banditismus, der unsere Brüder fesselt und mordet, ob sie nun drei Pfeile oder den Sowjetstern tragen.

In den sozialistischen Grundlagen mögen breite Hindernisse zwischen den beiden Arbeiterparteien bestehen und viele mögen sie für unveröhnlich halten. Um diese Entscheidung geht es im Saarkampfe nicht. In dem Willen, die faschistische Front zu schlagen, ist volle Einig-

Fortsetzung siehe 2. Seite

Gestern und heute

Obwohl es schwierig ist, am eigenen Grabe die Leichenrede zu halten, hat die „Frankfurter Zeitung“ das Kunststück fertig gebracht. Sie hat sich an die Öffentlichkeit gewandt und gebeten, daß man sie nicht für tot halten möge. Die letzten persönlichen Bindungen zu ihrer stolzen Tradition sind soeben gelöst worden, und nun ist, den Blick aus dem Massengrab auf erloschene Sterne gerichtet, das Leben erst schön. Stramm in Reih und Glied liegt sie da neben dem Hamburger Fremdenblatt wie der Zittauer Volkszeitung, und es gibt doch ein Fortleben nach dem Tode, sogar nach dem Selbstmord.

Das Blatt teilt mit, daß die bisherige Inhabersfamilie Sonnemann-Simon nichts mehr mit ihm zu tun hat. Der bisherige praktische Eigentümer und Leiter des Blattes, Dr. Heinrich Simon, Protestant und Nichtarier, scheidet aus. Das ungeteilte Eigentum erwirbt der „langjährige Inhaber der Minderheit der Anteile“, worunter man den I. G. Farbentrust zu verstehen hat — wenn auch in getarnter Gestalt.

Ist dies Schicksal gerecht? Die „Frankfurter Zeitung“ hat nach dem Umsturz von 1933 zwischen ihren Zeilen öfters die Sehnsucht nach Charakter bewiesen: Charakter selbst brachte sie als Ganzes nicht auf, denn sonst würde sie heute nicht mehr existieren. Es gibt in ihrer Redaktion noch Männer, von denen man nicht annehmen kann, daß sie innerlich kapituliert haben. Die Maßgebenden dagegen sind mit fliegenden Fahnen zu Hitler übergegangen und haben eben dadurch über die anderen triumphiert.

Ganz plötzlich kam das nicht. Das Blatt war schon lange im Rückgrat weich, lange, bevor Hitler kam. Etwa 1929/30 begann der Einfluß der Farbenindustrie. Er mag sich nicht in direkten Forderungen geäußert haben, aber die bisher führenden Redakteure flogen nur so hinaus; ein anderer Teil ging freiwillig, noch andere verloren ihren Einfluß. Das war selbstverständlich keine Konzession an den Nationalsozialismus, der damals nur als Gegner in Betracht kam und scharf bekämpft wurde. Aber es war überhaupt eine Konzession, und das war das Schlimme. Eine Konzession an den sogenannten Zeitgeist, der, in noch gepflegter Hülle, bereits der faschistische war. Das kam gerade zu dem krampfhaften Bekenntnis zum Liberalismus zum Ausdruck. Denn dieser Liberalismus bedeutet in der heutigen Zeit nichts anderes als Reaktion. Und die Leser verstanden ihn richtig. Bereitschaft zu jeder Unterwerfung in Politischen, wenn das der sogenannten „Wirtschaft“ diene. Es ist keine Entschuldigung und keine Ehre für die Propheten dieses Liberalismus, wenn sie diese Folge ihrer Politik anfangs kaum erkennen.

Zum tatsächlichen Leiter des Blattes wurde 1930 der Berliner Korrespondent Dr. Rudolf Kircher, der die Zeitung bisher in London vertreten hatte. Kircher drückte praktisch Simon immer mehr an die Wand; unter dem Schriftleitergesetz des „dritten Reiches“ wurde er auch offiziell der Chefredakteur. Er gab in den letzten Monaten dem Blatt jene üble Note, die es praktisch zum Betrüger an harmlosen Lesern werden ließ. Während zwischen den Zeilen immer noch eine gelegentliche Kritik versucht wurde, forderte Kircher die Leser auf, sich zum „dritten Reich“ zu bekennen.

Eine noch dunklere Figur war der Pariser Korrespondent Sieburg. Er ist persönlich seit langem mit Göring befreundet, wohl noch aus der Zeit her, als sie gemeinsam in Kopenhagen lebten. Sieburg ist offen als Werber für das „dritte Reich“ aufgetreten; er hat damit weder in Paris noch in Warschau das Ansehen seines Blattes gemehrt.

Wenn Heinrich Simon jetzt ausscheidet, so trifft das Schicksal keinen Unschuldigen. Gewiß, wenn er die Tradition des Blattes bereits in früheren Jahren entschiedener verteidigt hätte, so hätte er damit gewiß das „dritte Reich“ nicht verhindert. Aber in seiner politischen Unentschiedenheit drückt sich die Ziellosigkeit einer ganzen Generation bürgerlicher Politik aus, die letzten Endes an allem schuld ist. Simon hat auf seine Art bis zuletzt geglaubt, die sogenannte Unabhängigkeit der „Frankfurter Zeitung“ bewahren zu können. Sie ist zum Schluß sogar unabhängig von ihrer Tradition und ihren demokratischen Idealen geworden — und darum liegt sie heute mit Recht neben 3000 anderen Blättern im Massengrab der deutschen Pressegesetzgebung.

Argus

